

# Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 58 827

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterlichen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 168

Bad Schandau, Donnerstag, den 21. Juli 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Der deutsche Dampfer „Arkus“ meldete durch drahtloses Telegramm, daß sich der holländische Dampfer „Meerleert“ (7838 Tonnen) auf der Höhe von Lissabon in sinkendem Zustand befindet.

\* Die rumänische Regierung hat gemäß der Verfassung dem Regentrat ihre Demission eingereicht, die aber abgelehnt wurde.

\* Aus Moskau wird gemeldet, daß Bucharin bei einer militärischen Veranstaltung eine Rede gehalten hätte, in der er darauf verwies, daß die Sowjetunion sich auf die Friedensliebe weiteuropäischer Mächte allein nicht verlassen könne. Deswegen sei die Sowjetregierung genötigt, ihre Armee auszubauen. Die Wiener Ereignisse kennzeichnete Bucharin als ein Anzeichen dafür, daß die politische Lage in Europa keineswegs stabilisiert sei. In ganz Europa glühien Funken, die beim geringsten Anlaß zu einer Flamme hochlodern könnten. Eine zahlenmäßige Erweiterung der Roten Armee für dieses Jahr sei nicht vorgesehen.

## Dunkle Ränke.

Der belgische Wehrminister hatte Deutschland mehrfach beschuldigt, sich nicht an die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages zu halten, sondern bei der Reichswehr einer weit schnelleren Mannschäftswechsel stattfinden zu lassen, als es erlaubt sei; auch der Wehretat Deutschlands sei so hoch, daß er nur durch heimliche Rüstungen erklärt werden könne. Leider hat es die deutsche Außenpolitik veräumt, gleich beim erstenmal gegen die Anschuldigungen zu protestieren. Als sie zum zweitenmal erfolglos, wurde Protest erhoben. Ein belgisches Memorandum vom 14. Juli erhält die Vorwürfe aufrecht, bezieht sich aber dabei auf sehr zweifelhaftes Material. Die Nachrichten stammen „aus verschiedenen glaubwürdigen Quellen“ — ohne daß aber diese „sicheren Quellen“ oder diese „glaubwürdigen Nachrichten“ näher angegeben werden. Nachprüfbar sind nur drei derartige Quellen, nämlich die im Reichstag gehaltenen Nebenbesprechungen und des demokratischen Abgeordneten Rönneburg; und schließlich der Etat, aus dem Belgien uns vorrechnen will, daß unsere kleine Wehrmacht so kostspielig sei, daß jene „Nachrichten“ durchaus glaubwürdig seien.

Die deutsche Regierung hat in einer ausführlichen Note dahingehend geantwortet, daß ja am 31. Januar 1927 eine Kollektivnote der Alliierten alle noch „ausstehenden“ Punkte der Entwaffnungsfrage bis auf die paar bekannten als geregelt erklärte, speziell die betreffend der Entlassungen in der Reichswehr. Damals hat Herr de Broqueville keinerlei Gegenteiliges vorgebracht. Tatsächlich sind seit Jahren weniger entlassen worden, als es uns gestattet war. Bei der Marine wurde alles entlassen, was die zwölfjährige Dienstzeit hinter sich hatte. Und nicht 15 000 Mann wurden bei der Reichswehr in einem Jahr entlassen, sondern soviel Entlassene gab es, die auf Anstellung in Zivilberufen warteten. Das und nichts anderes hat der Abgeordnete Rönneburg gesagt!

Ebenso hinfällig ist alles, was über angebliche Nichterfüllung der Entwaffnungsverpflichtungen behauptet wird. Daß die Reichswehr so kostspielig ist, liegt daran, daß die befohlene zwölfjährige Dienstzeit sehr viel höhere Kosten für Unterhalt und Ausbildung der Mannschaften verlangt. Nur wenige Fabriken, zwischen denen jede preisdrückende Konkurrenz ausgeschlossen ist, und die erst neu errichtet sind, außerdem nicht exportieren dürfen, stellen das für die Bewaffung und Ausrüstung der Reichswehr nötige, daher sehr kostspielige Material her. Die allgemeine Selbstwertung tut ein übriges. Unwahr ist schließlich, daß das Verhältnis der Ausgaben für die 100 000 Mann zählende Reichswehr gegenüber dem Heeresetat ein unerklärlich hohes sei. Die Zahlen, die der belgische Wehrminister angibt, sind nämlich einfach nicht richtig.

Aber man draucht auf weitere Einzelheiten nicht einzugehen; alles dies sind Verdächtigungen, die der Grundlage entbehren und in direktem Widerspruch zu den Feststellungen der Völkervereinigung und der Kontrollkommission stehen. „Die deutsche Regierung muß es auf das lebhafteste bedauern, daß Herr de Broqueville sie trotzdem öffentlich vor dem belgischen Parlament verwerft und damit ganz allgemein schwere Verdächtigungen in Deutschland verbunden hat.“ Unser Protest sei um so schärfer, weil die Anschuldigungen seitens des Wehrministers eines Staates erfolgten, mit dem wir durch Locarno und den Völkervereinigung „auf die Grundlagen des Friedens und der vertrauensvollen Verständigung gestellt“ sind.

Helfen wird uns das alles nichts. Schon kommt die belgische Antwort die alles aufrechterhält, die es aber ablehnt, die „anderen Informationsquellen“ anzugeben.

Man kennt aber in Deutschland nur zu gut diese dunklen Kanäle, die freilich nur Schmutz und Schlimmeres ins Ausland führen, wo allerdings derartiges allzugen in Empfang genommen und vor allem verwertet wird. Das Damoklesschwert einer Entwaffnungskontrolle soll nach wie vor über Deutschland hängenbleiben und um die Stimmung der Welt dafür geneigt zu erhalten, benutzt man jedes, auch das schmutzigste Mittel. Das sind wir gewohnt und trotz Locarno und Völkervereinigung wird es ja in absehbarer Zeit nicht anders werden.

## Die deutsche Antwort auf die zweite belgische Note

Berlin, 20. Juli. Die heute übergebene deutsche Antwort auf das am heutigen Tage veröffentlichte belgische Memorandum hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung beehrt sich, auf das Memorandum vom 19. Juli, in dem die Königlich belgische Regierung die Stellungnahme ihres Wehrministers zu den Feststellungen des deutschen Memorandums vom 18. Juli übermittelt hat, folgendes zu erwidern:

Der Königlich belgische Herr Wehrminister glaubt zwar, seine früheren Behauptungen über die Entlassungen aus der Reichswehr aufrecht erhalten zu können, ist aber nicht in der Lage, den amtlichen deutschen Feststellungen, die die genauen Zahlen für die letzten Jahre anführen, irgendwelche konkreten Angaben oder Beweise entgegenzustellen. Damit erübrigt sich für die deutsche Regierung ein weiteres sachliches Eingehen auf diesen Punkt.

Was die Aufwendungen des deutschen Reichshaushaltes für militärische Zwecke anlangt, so genügt es, zu wiederholen, daß diese Aufwendungen durch den Versailler Vertrag nicht eingeschränkt werden und daß Deutschland daher hierüber den Signatarmächten des Versailler Vertrages keine Rechenschaft schuldig ist. Im übrigen enthalten die sachlichen Ausführungen des Grafen de Broqueville über diesen Punkt nichts, was die Darlegungen des deutschen Memorandums vom 18. Juli entkräftigt.

Die deutsche Regierung muß hiernach die Bewahrung, die sie gegen das Vorgehen des Königlich belgischen Herrn Wehrministers eingelegt hat, in vollem Umfang aufrecht erhalten.

## Beisehung der Todesopfer in Wien.

Was wird aus dem Justizpalast?

Der größte Teil der Todesopfer des Aufstandes in Wien ist am Mittwoch nachmittag feierlich beigesetzt worden. Auf dem großen halbrunden Platz vor dem Hauptportal des Zentralgefängnisses fand die von der Gemeinde Wien veranstaltete Trauerfeier statt. Bürgermeister Seitz und der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Ellenbogen hielten Gedächtnisreden. Alle Schulgebäude, Amtshäuser, Waghäuser, Waghäuser usw. trugen anlässlich der Trauerfeier schwarze Fahnen. Zum Zeichen der Trauer für die Opfer ruhte in allen Betrieben die Arbeit von 2 Uhr nachmittags an eine Viertelstunde lang. Nur Straßenbahnen und Eisenbahn verkehrten ohne Unterbrechung. Der Republikanische Schutzbund hatte umfassende Vorkehrungen getroffen, um neue Unruhen sofort in Keime ersticken zu können. Inzwischen hat sich die Zahl der Todesopfer auf 99 erhöht, und es muß damit gerechnet werden, daß auch diese Zahl noch eine Erhöhung erfahren wird, da der Zustand einiger Schwerverletzter überaus ernst ist. Die Gesamtzahl der Verwundeten wird auf etwa 1000 angegeben.

Der Nervosität der letzten Tage in Wien ist jetzt eine gewisse Beruhigung gefolgt. Das kommt auch in dem Straßenbild der Stadt zum Ausdruck. Man sieht bereits weniger Wachleute mit Karabinern. Die Reiterpatrouillen machen noch ihre Runden, doch haben die meisten die Gewehre schon abgelegt. Auch das Überfallkommando der Polizei wurde wesentlich vermindert. Zu einer größeren Menschenansammlung ist es noch vor der Leichenhalle des Wiener Allgemeinen Krankenhauses gekommen. Dort waren viele Leute erschienen, die ihre vermissten Angehörigen unter den Toten suchen wollten und dann, wenn sie sie fanden, in lautes Wehklagen ausbrachen. Als die draußenstehende Menge diese Schmerzensausbrüche hörte, bemächtigte sich ihrer Erregung und Unruhe, so daß die Wache eingreifen und die Straße gewaltsam räumen mußte.

Ob der niedergebrannte Justizpalast wieder aufgebaut werden wird, steht noch nicht fest. Es sind allgemein Bestrebungen im Gange, den Justizpalast abzutragen und an seiner Stelle einen öffentlichen Park anzulegen. Wie jetzt bekannt wird, befinden sich unter dem Justizpalast vernichteten Alten Tausende von Ehe-scheidungsakten. Außerdem sind eine große Anzahl Personalakten verloren gegangen, so daß Tausende von Paaren warten müssen, bis sie gesetzlich verheiratet oder geschieden werden können. Die Wiederherstellung des Grundbuches wird Jahre dauern und eine große Menge Schreibkräfte erfordern. Weiter ist der Verlust der sehr

kostbaren juristischen Bibliothek und des Archivs zu beklagen, in dem sich sogar das Testament Beethovens befunden haben soll, das somit auch ein Opfer der Revolte geworden ist.

Die Ermittlungsarbeit der österreichischen Staatspolizei.

Wien. Die Untersuchungen der österreichischen Staatspolizei bewegen sich in der Richtung, ob bei den Unruhen ausländischer kommunistischer Einfluß im Spiele war. Wie die „Stunde“ meldet, ist der Beweis ausländischer Beteiligung an den Unruhen bisher noch nicht erbracht worden, doch steht einwandfrei fest, daß mindestens an den Demonstrationen ausländische kommunistische Elemente aktiv teilgenommen haben. Es wurden insgesamt 23 Personen aus dem Parteisekretariat der kommunistischen Partei Österreichs verhaftet und außerdem 50 Mitglieder der sogenannten Völkergarischen Mensa. Bei dem verhafteten kommunistischen preussischen Landtagsabgeordneten Biedel fand man verschiedene Aufzeichnungen, in denen die Polizei Anhaltspunkte für einen Organisationsplan für die nächste Zukunft erblicken zu können glaubt, wobei jedoch keineswegs von einem vollendeten Plan gesprochen werden kann. Es muß sich sehr rasch entscheiden, ob Biedel in das Landesgericht eingeliefert und strafrechtlich verfolgt oder lediglich aus Österreich abgeschoben werden wird.

## Französische Angst vor dem österreichischen Anschluß.

Paris, 20. Juli. Die Wiener Ausschreitungen haben die französischen nationalistischen Kreise in arge Unruhe versetzt. Die Angst vor dem Anschluß wächst täglich. Es werden daher gegenüber Österreich recht sanfte Saiten aufgespannt und wieder einmal alle möglichen Aussichten auf eine Besserung der österreichischen Wirtschaftslage eröffnet. Der Kleinen Entente wird der Vorwurf gemacht, daß sie gegen Österreich eine unerträgliche Zollmauer errichtet und damit Österreich zum Hungertode verurteilt habe. Italien lauwere nur auf den Augenblick, um sich Sicherheiten für seine Brennergrenze zu verschaffen. Das alles seien Anzeichen, schreibt der nationalistische Intransigent, die Aussichten für Frankreich keineswegs rosig erscheinen zu lassen. Der Aufstand in Wien sei wohl niedergeschlagen worden, aber die politischen Schwierigkeiten würden erst beginnen.

## Aktivität der italienischen Antifaschisten in Frankreich?

Paris, 21. Juli. Die nationalistische Liberté berichtet im Zusammenhang mit den Wiener Ausschreitungen, daß seit ungefähr drei Wochen die in Frankreich lebenden Antifaschisten eine rege Tätigkeit bekundeten. Vergangene Woche hätten in Paris und Umgebung 23 antifaschistische Versammlungen stattgefunden. Dabei hätten die Redner wiederholt gedroht, daß sich die in Frankreich verammelten Antifaschisten bereit halten mögen, denn es würden sich bald an der italienischen Grenze Ereignisse von besonderer Bedeutung abspielen. Am 4. Juli erhielten alle italienischen Antifaschisten in Frankreich eine Art Mobilisationsorder, sich innerhalb 48 Stunden bereit zu halten. „Gepäck sei nicht notwendig, für alles sei vorgesorgt.“ Das Blatt sieht in der Aktivität der italienischen Antifaschisten in Frankreich eine Parallele dieser Elemente mit den Bolschewisten in Wien und gegen Rom. Vor etwa 14 Tagen hätten die italienischen Grenzwachter zwei Kommunisten verhaftet, die die Uniform der faschistischen Miliz trugen.

## Deutsch-polnische Einigung?

Nach einer Meldung aus Warschau hatte der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Kauffner, gestern mit dem Vertreter des erkrankten Außenministers Jaleski, Gesandten Knoll, eine Besprechung. In diesem Zusammenhang weiß die polnische Presse zu berichten, daß in der Auslieferungsfrage ein Weg gefunden worden sei, um zu einem Kompromisse zu gelangen. Auch bezüglich der Tarif- und Zollfrage soll eine Einigung der beiden Standpunkte eingetreten sein. Im Herbst dürften die diplomatischen Besprechungen bereits soweit gediehen sein, daß dann schon die normalen Verhandlungen unter Teilnahme der Delegationen aufgenommen werden können.

## Zunehmende Aufstandsbewegung in Sowjetrußland.

Nach Meldungen aus Moskau nimmt die Aufstandsbewegung gegen die Sowjetregierung in den westlichen Sowjetprovinzen immer größeren Umfang an. In den letzten Tagen sind zahlreiche Ueberfälle auf Militärpatrouillen verübt worden. In dem Städtchen Zwinozgrad sollen 25 Kommunisten und die Ortsbehörde von Aufständischen erschossen worden sein.

Immer neue Todesurteile in Sowjetrußland.

In Katalagan sind vier ehemalige Offiziere wegen antisowjetischer Umtriebe zum Tode durch Erschießen verurteilt worden. Die Todesurteile wurden bereits heute vollstreckt.